

Stadtquartiere und gesellschaftliche Integrationsmuster

Läpple, Dieter; Walter, Gerd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Läpple, D., & Walter, . G. (2007). Stadtquartiere und gesellschaftliche Integrationsmuster. In J. S. Dangschat, & A. Hamedinger (Hrsg.), *Lebensstile soziale Lagen und Siedlungsstrukturen* (S. 111-138). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-318746>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Dieter Läßle, Gerd Walter

Stadtquartiere und gesellschaftliche Integrationsmuster

S. 111 bis 138

Aus:

Jens S. Dangschat, Alexander Hamedinger (Hrsg.)

Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 230

Hannover 2007

Stadtquartiere und gesellschaftliche Integrationsmuster

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Gesellschaftliche Integration und Exklusion
 - 2.1 Die Rolle von Stadtquartieren für Prozesse gesellschaftlicher Integration
 - 2.2 Brücken – Stadt – Mauern
- 3 Fallstudien
 - 3.1 Vorbemerkungen
 - 3.2 Das Schanzenviertel – urban und funktionsgemischt
 - 3.2.1 Das Amüsier- und Arbeiterviertel: ein Rückblick
 - 3.2.2 Vom Problemviertel zum aufstrebenden Szenestadtteil
 - 3.2.3 Die lokal verankerte Ökonomie des Viertels
 - 3.2.4 Mögliche Gefährdungen – zwischen Yuppiesierung und Amüsierviertel
 - 3.3 Steilshoop – die stigmatisierte Mustersiedlung im Grünen
 - 3.3.1 Ökonomische Strukturen Steilshoops
 - 3.3.2 Soziale Konflikte im öffentlichen Raum
 - 3.3.3 Trotz Sanierung und „Nachbesserungen“ erneut die Gefahr eines sozialen Verfalls
- 4 Schlussbemerkungen

Literatur

1 Einleitung

Städte haben – zumindest historisch – bei gesellschaftlichen Integrationsprozessen eine entscheidende Rolle gespielt. Die wesentlichen Institutionen und Medien moderner gesellschaftlicher Integration, so unter anderem Recht und Geld, die Güter- und Arbeitsmärkte, das politische Bürgerrecht, die Polarität und die Wechselbeziehung zwischen öffentlicher und privater Sphäre, Formen öffentlicher Fürsorge sowie die vielfältigen „Expertensysteme“ (Giddens 1995), haben sich historisch in den Städten, der Wiege der Moderne, herausgebildet.

Welche Integrationsleistungen erbringen jedoch Städte heute, nachdem sie nicht mehr exklusive Orte der Moderne sind, da die Modernisierung längst ein flächendeckendes Phänomen ist und mit der Entstehung staatlich verfasster Gesellschaften die Nationalstaaten als die „neuen Machtbehälter“ an die Stelle der Städte getreten sind (vgl. Giddens 1992: 252)? Die Antwort auf diese Frage ist in der gegenwärtigen Diskussion sehr umstritten. Noch fraglicher ist, welche Integrationsleistungen Stadtquartiere oder Stadtteile haben oder haben können. Die sozialwissenschaftliche Diskussion ist gegenwärtig zudem sehr viel stärker auf Fragen der sozialen Ausgrenzung und die Gefährdung der sozialen Einheit der Stadt fokussiert (vgl. dazu u. a. Heitmeyer 1998; Herkommer 1999; Kronauer 2002). Soziale Integration ist bisher – so Richard Sennett (2000: 431) – „kein gut durchdachtes Thema“.

In der Nachkriegszeit schien das Verhältnis von Stadt und sozialer Integration noch unproblematisch zu sein, und das, obwohl Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg mit rund zwölf Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen konfrontiert wurde. Unter den Sonderbedingungen der deutschen Rekonstruktionsära vollzog sich die Integration dieser Menschen im Kontext des „goldenen Zeitalters“ industriell-kapitalistischer Entwicklung mit seinem historisch einmaligen ökonomischen Wachstum ungewöhnlich schnell. Der Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen war möglicherweise sogar eine wichtige Voraussetzung für diese beispiellose ökonomische Expansionsphase. Die ökonomische und soziale Integration dieser Menschen hat die westdeutsche Gesellschaft deutlich verändert: „Der Prozess der Eingliederung förderte die Verstädterung und vor allem die Konzentration der Bevölkerung auf bestimmte Ballungsgebiete“ und machte aus Westdeutschland eine „mobile Gesellschaft“ (Abelshauer 2004: 315). Das mit der ökonomischen Expansion der Nachkriegszeit verbundene ökonomische Wachstum hat über Jahrzehnte hinweg für die Mehrheit der Bevölkerung zu einer steigenden Kaufkraft und dadurch zu einer allgemeinen Aufstiegsenerwartung geführt, also der Vorstellung, dass es – unter der Voraussetzung der Teilhabe an Erwerbsarbeit – in Zukunft allen immer besser gehen würde. Zu den sozialstaatlichen Arrangements des deutschen Wohlfahrtsstaates gehörte zudem die implizite Garantie der Vollbeschäftigung, verbunden mit einem flankierenden Netz wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen.

Unter diesen Bedingungen bot die Stadt – trotz sich abzeichnender Krisen – das glaubwürdigste Versprechen auf eine Chance zur Teilhabe an Arbeit, Einkommen und sozialem, kulturellem und politischem Leben. Sie bot soziale und kulturelle Nischen, in denen das Fremd- und Anderssein eher geduldet wurde und ausgehalten werden konnte als in den überschaubaren und engen Gemeinwesen einer Kleinstadt oder ländlichen Siedlung. Typisch für die moderne Stadt war schon immer die spannungsvolle Gleichzeitigkeit von räumlicher Nähe und sozialer Distanz, von Segregation und Integration, von Vertrautheit und Anonymität, von der Freiheit von sozialer Kontrolle und der Möglichkeit zur Identifikation mit einem Ort, an dem man erkannt wird und andere wieder erkennt.

Mit diesem Urbanitätskonzept verbindet sich die Hoffnung auf eine „Kultur der Differenz“: die Stadt als der mögliche Ort eines zivilisierten Nebeneinanders von sonst unterschiedlichen und sich nicht selten gegenseitig abstoßenden sozialen Gruppen. „Angesichts der faktisch zunehmenden ökonomischen Integration konnte die soziale Indifferenz zur Tugend werden. Gleichgültigkeit, Differenzierung von Lebensstilen und Individualisierung als Form der sozialen Integration einerseits, ökonomisches Wachstum, Arbeitsteilung und soziale Sicherung als Form der systemischen Integration andererseits – dies sind die zwei Seiten von Urbanität als Vergesellschaftungsform“ (Häußermann 1998: 158).

In den vergangenen Jahren wurde jedoch die mögliche Integrationsleistung der Stadt zunehmend skeptisch beurteilt (vgl. u. a. Heitmeyer 1998). Ausschlaggebend dafür sind vor allem die vielfältigen sozialen und politischen Folgen eines tief greifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels, den man zunächst als Transformation von einer Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft charakterisieren kann. Durch die Wechselwirkung von wirtschaftlichem Strukturwandel, Globalisierung, Auflösung der tradierten wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, Migrationsprozessen und demographischem Wandel hat sich die sozialökonomische und politische Situation in den Städten tief greifend

gewandelt. Die Städte, die lange Zeit uneingeschränkt als Zentren ökonomischer Dynamik und erfolgreicher gesellschaftlicher Integration galten, sind heute einer schwerwiegenden Problemkumulation ausgesetzt. In den Stadtregionen stieg die Arbeitslosigkeit in den letzten beiden Jahrzehnten stark an bzw. verfestigte sich in der Form einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau. Dabei steht dem massenhaften Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1980 in Westdeutschland erstaunlicherweise kein Rückgang, sondern ein – wenn auch geringer – Zuwachs an Arbeitsplätzen gegenüber. Trotz Globalisierung und neuer Technologien hat die Beschäftigung auf gesamtwirtschaftlicher und stadtreionaler Ebene nicht ab-, sondern – wenn auch nur geringfügig – zugenommen. Da die neu entstandenen Arbeitsplätze weniger von Arbeitslosen als von neu auf dem Arbeitsmarkt auftretenden, meist höher qualifizierten Arbeitssuchenden besetzt wurden, kam es in den Städten zu einer folgenschweren Entkopplung von Beschäftigungsentwicklung und Arbeitslosigkeit (vgl. Läßle 2003: 156 ff.). Diese Entkopplung von Beschäftigtenentwicklung und Arbeitslosigkeit ist vor allem durch Trends beim Arbeitskräfteangebot geprägt: Neben den geburtenstarken Jahrgängen, die in den 1980er-Jahren das erwerbsfähige Alter erreicht haben und damit das Erwerbspotenzial ansteigen ließen, führten vor allem die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und Zuwanderungen zu einer Erhöhung des Arbeitskräfteangebots (vgl. Läßle 2003: 157).

Die Arbeitsmarktentwicklung führte nicht nur zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit und der Entstehung und Verfestigung struktureller Armut, sondern – nicht zuletzt durch die Entkopplung von Beschäftigungsentwicklung und Arbeitslosigkeit – zu einer dauerhaften Ausgrenzung sozialer Gruppen aus einer regelmäßigen Erwerbsarbeit und damit tendenziell auch aus der Teilhabe an dem sozialen, kulturellen und politischen Leben der Stadt.

Der städtische Arbeitsmarkt, der zentrales Element gesellschaftlicher Systemintegration war, erweist sich für einen Teil der Gesellschaft als ein Mechanismus der Desintegration. Zu den Problemen des Arbeitsmarktes kommen noch die Erosion der Familie, eines anderen Kernbereiches gesellschaftlicher Integration, sowie Wohnungsprobleme – vor allem als Resultat des Rückzugs der „öffentlichen Hand“ aus der Wohnungsversorgung –, wodurch Ungleichheiten am Arbeitsmarkt und am Wohnungsmarkt wieder stärker ineinandergreifen (vgl. Kronauer 2004: 37). Staat und Kommunen können unter dem ökonomischen Druck leerer Kassen die sozialstaatliche Fürsorge nicht entsprechend der Problemlagen ausbauen, sondern fahren sie zurück, wodurch sich neben der zeitlichen Verdichtung eine sozialräumliche Kumulation der Probleme ergibt und – verstärkt über sozial selektive Migration – die Stadtquartiere zu den eigentlichen Problemfeldern werden.

Auf dieser stadträumlichen Ebene gibt es gegenwärtig nicht nur Arbeitslosenquoten von 18 Prozent, sondern von bisweilen 50 oder 60 Prozent und mehr. Ganze Stadtquartiere werden von der Dynamik des Erwerbslebens abgekoppelt. „Aus dem Strudel multipler und kumulativer Benachteiligung, der mit dem unfreiwilligen Wohnen in solchen Quartieren verbunden ist, gibt es nach einer gewissen Zeit kein Entkommen mehr“ (Häußermann 2000: 21). Angesichts dieser Problemkonstellation stellt Hartmut Häußermann (1998: 160) die These auf: „Die sozialräumliche Struktur der Städte könnte selbst zu einer Ursache für soziale Ausgrenzung werden.“ Nach seiner Einschätzung gibt es überall in den Großstädten „Anzeichen dafür, dass die alte Integrationsmaschine nicht mehr funktioniert und dass

darüber die Kultur der Indifferenz in Frage gestellt wird. Urbanität als Lebensweise scheint – so Häußermann – „in eine tiefe Krise zu geraten“ (Häußermann 1998: 170).

Diese Position zum Verhältnis von Stadt und gesellschaftlicher Integration veranlasst Thomas Krämer-Badoni (2002: 74) zu der Frage: „Sind es tatsächlich die Städte, die eine Integrationsleistung erbringen?“ Und er hat auf diese Frage eine eindeutige Antwort: „1. Seit der Auflösung der Stadt als politische Einheit ist es der Nationalstaat mit seiner politisch ausformulierten und rechtlich sanktionierten Gesellschaftspolitik, der über die politischen Formen der Integration entscheidet. 2. Integration bezieht sich nicht auf eine soziale Einheit ‚Stadt‘, sondern auf die Mehrdimensionalität gesellschaftlichen Lebens. Integriert in eine Gesellschaft werden Menschen über ihre Teilhabe an den verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssystemen, an Bildung, Wirtschaft, Familie, Recht und anderen. Es handelt sich um Funktionssysteme, an deren Gestaltung die ‚Stadt‘ einen allenfalls marginalen Anteil hat“ (Krämer-Badoni 2002: 74).

Auf den ‚ersten Blick‘ haben beide Positionen etwas Plausibles. Es ist ja offensichtlich, dass die Formen der kumulativen Benachteiligung und die damit verbundenen Prozesse der sozialen Ausgrenzung vor allem räumlich konzentriert in bestimmten Stadtteilen auftreten. Andererseits ist auch nicht zu leugnen, dass die Stadt auf die verschiedenen Integrationsinstanzen, die Teilhabe vermitteln, relativ wenig Einfluss hat. Wie lässt sich dieser Gegensatz lösen?

Die Frage nach den Integrationsformen und Integrationsleistungen von Städten, insbesondere von Stadtteilen oder Stadtquartieren, wird im Zentrum unseres Beitrages stehen. Dabei wollen wir die Diskussion um die Integrationsleistung und das mögliche Integrationsversagen der Stadt um eine Dimension erweitern, die unseres Erachtens bislang zu kurz gekommen ist: um den Aspekt der endogenen Regenerationsfähigkeit von Stadtteilen und Quartieren bzw. ihre Anpassungsfähigkeit an neue soziale, ökonomische und kulturelle Prozesse und Herausforderungen (vgl. dazu Bahrtdt 1974a: 179 ff.).

2 Gesellschaftliche Integration und Exklusion

Unter dem Eindruck der verfestigten Massenarbeitslosigkeit und der damit verbundenen sozialen Problemkumulationen hat sich im sozialwissenschaftlichen Diskurs über soziale Ungleichheit eine neue Perspektive durchgesetzt: Neben die traditionelle Figur eines „Oben und Unten“, mit der soziale Ungleichheit immer charakterisiert wurde, tritt seit einiger Zeit die Trennungslinie von „Dinnen und Draußen“; neben die traditionellen Figuren von „Herr und Knecht“ oder „Kapitalist und Lohnarbeiter“ tritt die Figur der „Überflüssigen“. „Das vertikale, um Erwerbsarbeit ... zentrierte Klassen- und Schichtungsbild sozialer Ungleichheit wird überlagert – allerdings nicht außer Kraft gesetzt – von einer Polarisierung zwischen ‚Innen‘ und ‚Außen‘. Diese lässt ihrerseits abgestufte Positionen der Einbindung zu: Integration, Vulnerabilität, Exklusion“ (Kronauer 1999: 61).

Integration oder Inklusion lässt sich als gesellschaftliche Einbindung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an den gesellschaftlichen Ressourcen umschreiben; Exklusion bildet den Gegenpol zur Integration und kennzeichnet Prozesse, durch die Personen oder Gruppen dauerhaft und unfreiwillig von dem Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und der sozialen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.

Vulnerabilität steht für Gefährdungslagen, die einer Exklusion oder sozialen Ausgrenzung vorgelagert sind.

Eine Schlüsselrolle bei Prozessen der Integration oder Exklusion nimmt – wie wir bereits gesehen haben – der Arbeitsmarkt ein. Allerdings führt Arbeitslosigkeit nicht unmittelbar zur Exklusion. Erst wenn diese Form des Ausschlusses aus dem Funktionssystem der Erwerbsarbeit sich zeitlich verfestigt und mit andern Ausschlussprozessen kumuliert, hat es Sinn, von Exklusion zu sprechen. „Es gehört zu den Selbstverständlichkeiten in den Diskussionen um ‚Exklusion‘ und ‚Ausgrenzung‘, zu betonen, dass es sich dabei um ‚multi-dimensionale‘ Prozesse handelt,“ (vgl. Kronauer 2004: 44). Mehrdimensionalität und Prozesscharakter sind wesentliche Charakteristika von gesellschaftlicher Integration und Exklusion.

Entsprechend der funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften erfolgt Integration nicht in „die“ Gesellschaft, sondern über sehr unterschiedliche Integrationsinstanzen und -medien in die verschiedenen Teilsysteme der Gesellschaft: in das Bildungssystem und die Sprachkultur, den Arbeitsmarkt und den Wohnungsmarkt, in das Gesundheitssystem, in familiäre und freundschaftliche Beziehungen, in das politische System etc.: „Die verschiedenen Integrationsinstanzen vermitteln also gesellschaftliche Einbindung und Teilhabe auf unterschiedliche Weisen (so wird die Erwerbsarbeit über Märkte zugeteilt, soziale Rechte sind dagegen an den Bürgerstatus gebunden), sie leisten jeweils eigenständige Beiträge zur Integration und sind zugleich aufeinander angewiesen. ... Keine der Integrationsweisen für sich allein gewährleistet Zugehörigkeit und Teilhabe, jede kommt mit ihrer eigenen ‚Logik‘ ins Spiel“ (Kronauer 2004: 44). Gleichzeitig kennt die Moderne und insbesondere die moderne Stadt nur Formen „unvollständiger Integration“ (Bahrtdt 1974b: 63). Bahrtdt verdeutlicht das Konzept der „unvollständigen Integration“ an dem paradigmatischen Beispiel der Integration in den Markt: „Ein Markt ist kein geschlossenes System, in das alle Mitglieder vollständig integriert sind. Weder sind die Personen, die auf dem Markt mitspielen, vollständig in das Marktgeschehen einbezogen ... Noch auch ist ihr Verhalten auf dem Markt durch dessen Ordnung vollständig festgelegt“ (Bahrtdt 1974b: 63).¹ Im Gegensatz zu traditionellen Gesellschaften, wo wir mit Formen einer „vollständigen Integration“ in ein geschlossenes System konfrontiert sind, unterliegt Integration in der modernen Gesellschaft keinem festen, vorgegebenen Schema, wodurch auch erst Individualisierungsprozesse möglich werden. Die „unvollständige“ (oder in unserer Terminologie: „offene“) Integration bildet nach Bahrtdt (1974b: 63) zugleich „die negative Voraussetzung der Öffentlichkeit“.

Die plurale und offene Integration in verschiedene Funktionsbereiche macht gesellschaftliche Integration auch relativ robust. Krisenerscheinungen oder ein mögliches Versagen von Personen in einzelnen Funktionsbereichen führen nicht zwangsläufig zum Scheitern der Integration in andere Funktionsbereiche. In der modernen Gesellschaft gibt es nicht das „Phänomen eines uno actu erfolgenden Kompaktausschlusses aus der Gesamtgesellschaft“ (Stichweh 2005: 52), wie dies beispielsweise in Stammesgesellschaften möglich war.

¹ Der Grundgedanke, der dem Bahrtdt'schen Konzept der „unvollständigen Integration“ zugrunde liegt, erscheint uns außerordentlich wichtig. Gleichwohl verwenden wir im Folgenden für den gleichen Sachverhalt lieber die Formulierung „offene Integration“, um deutlich zu machen, dass damit kein „Mangel“ im Sinne von nicht vollständig, sondern vor allem eine Möglichkeit im Sinne einer Offenheit für andere Optionen gemeint ist.

2.1 Die Rolle von Stadtquartieren für Prozesse gesellschaftlicher Integration

Integrationsprozesse in die verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssysteme wie Bildung, Arbeitsmarkt, Familie, Politik, Recht, Kultur etc. haben jeweils doppelte Voraussetzungen: Es bedarf der Herausbildung und Bereitstellung entsprechender gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen und es bedarf entsprechender Mentalitäten und subjektiver Fähigkeiten, um diese Integrationsstrukturen auch adäquat nutzen zu wollen und zu können. Mit anderen Worten, die Multiinklusivität moderner Gesellschaften bedarf sehr komplexer struktureller und subjektiver Voraussetzungen. Und beide Aspekte, sowohl die strukturellen als auch die subjektiven Voraussetzungen, haben räumliche Implikationen.

Die räumliche Dimension der Integrationsstrukturen begründet Nassehi in sehr überzeugender Weise wie folgt: „Damit eine weitgehend gleichzeitige, also synchrone Inklusion in unterschiedliche Funktionssysteme möglich wird, bedarf es offensichtlich räumlicher Nähe bzw. räumlicher Wechselseitigkeit. Städte bieten dafür gewissermaßen die ökologische Bedingung“ (Nassehi 2002: 223). Die strukturellen Inklusionsangebote müssen mit den vielfältigen Aktionsräumen der sehr unterschiedlichen alltäglichen Lebensführungen moderner Menschen korrespondieren. „Nicht zufällig ist denn auch die gesellschaftliche Modernisierung mit ihrer Umstellung von Inklusion in multifunktionale Einheiten der alten Welt (also beispielsweise in eine Stammesgemeinschaft oder in den Großhaushalt bzw. ‚Großoikos‘ eines Grundherrn – d. V.) zur synchronen Multiinklusivität der Moderne mit massenhaften Bewegungen von Menschen in die Städte verbunden gewesen. Nur hier ließen sich jene Lebenslagen erzeugen, die die gesellschaftsstrukturell unkoordinierte Form der Multiinklusivität zu Lebenslagen verdichten konnte“ (Nassehi 2002: 236).

Mit der Frage nach dem Gelingen einer „synchronen Inklusion“ von Menschen in unterschiedliche Funktionssysteme ist man mit einer doppelten Logik gesellschaftlicher Integration konfrontiert: Zum einen mit der Systemlogik der jeweiligen Funktionssysteme – am Beispiel des politischen Systems ist man damit verwiesen auf den Nationalstaat, oder am Beispiel des Marktes auf einen globalen, weltweiten Zusammenhang; zum anderen mit den Lebenslagen und Formen alltäglicher Lebensführung der Menschen, die eine sehr stark sozialräumliche Ausprägung haben. Es stellt sich also das Problem einer Vermittlung zwischen System- und Lebenswelten.

Einen sehr sinnvollen konzeptuellen Ansatz zur Thematisierung dieses Problems bietet Giddens mit seiner Unterscheidung zwischen „Systemintegration“ und „Sozialintegration“ an. Diese Unterscheidung, die zunächst Lockwood (1964) in die Diskussion eingeführt hat, wird von Giddens in sehr produktiver Weise aufgegriffen. Sozialintegration meint demnach Integrationsprozesse auf der Ebene von face-to-face Interaktionen, also auf der Ebene alltäglicher Lebensführung. Systemintegration bezieht sich auf Verbindungen zwischen Akteuren oder Kollektiven über größere Raum-Zeit-Spannen (vgl. Giddens 1992: 80). Gesellschaftliche Integration ist auf ein gelungenes Zusammenwirken beider Formen angewiesen. Man könnte auch sagen, die Mechanismen der Systemintegration bedürfen der alltagsweltlichen Vermittlung durch die Sozialintegration. Der Stadtteil, als sozialräumlicher Kontext alltäglicher Lebensführung, hat dabei gewissermaßen die Rolle eines Scharniers zwischen beiden Integrationsformen.

Der Stadt bzw. dem Stadtteil kommt nicht nur eine wichtige Rolle bei der „strukturellen“ Ermöglichung einer „synchronen Inklusion“ zu, sondern auch bei der Herausbildung entsprechender subjektiver Fähigkeiten und einer entsprechenden Bereitschaft, die räumlich verfügbaren Integrationsstrukturen nutzen zu wollen und zu können bzw. sich in die dazu erforderlichen Verhaltensweisen einzufügen. Der Stadtteil übernimmt in diesem Kontext u. a. die Funktion eines gemeinsamen Lernraumes – insbesondere für implizites „soziales Wissen“ und die Entwicklung von Vertrauensbeziehungen. Dies gilt vor allem für die Einübung des täglichen Umgangs mit Fremden in der Form einer „höflichen Nichtbeachtung“ (vgl. Giddens 1996: 104). Nach Giddens stützt sich die „Vielfalt der Begegnungen, aus denen das tagtägliche Leben in der anonymen Umgebung moderner sozialer Tätigkeiten besteht“ (ebd.), auf das Phänomen der „höflichen Nichtbeachtung“.

Die elementare Situation dieser Umgangsform mit Fremden ist die Begegnung von zwei Menschen auf dem Bürgersteig einer Großstadt. Sie nähern sich und gehen aneinander vorbei, ein Vorgang, der sich täglich millionenfach abspielt. Gleichwohl ist dieser Vorgang voraussetzungsvoll und folgenreich zugleich: „Die höfliche Nichtbeachtung ist die grundlegendste Art der gesichtsabhängigen Bindungen, die unter Modernitätsbedingungen bei Begegnungen mit Fremden eine Rolle spielen. Dazu gehört nicht nur der Einsatz des Gesichts selbst, sondern auch der subtile Umgang mit der Haltung und Stellung des Körpers, um so auf Straßen, in öffentlichen Gebäuden ... oder sonstigen Veranstaltungen die Botschaft zu senden: ‚Du kannst mir vertrauen, ich habe keine feindseligen Absichten‘“ (ebd.: 105 f.). In diesem Sinne kann die gesichtsabhängige Umgangsform einer „höflichen Nichtbeachtung“ als eine allgemeine Vorbedingung eines sozialen Vertrauens charakterisiert werden, das wiederum Voraussetzung für eine zivile Urbanität bzw. ein zivilisiertes Nebeneinander von unterschiedlichen oder von sich gegenseitig abstoßenden sozialen Gruppen ist.

2.2 Brücken – Stadt – Mauern

In ihrem Klassiker „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“ hat Jane Jacobs (1963) dargestellt, dass die Voraussetzungen für zivile Urbanität und soziales Vertrauen tief in den Strukturen des städtischen Alltags begründet sind.

Dicht bebaute undutzungsgemischte Stadtteile – insbesondere die gründerzeitlichen Quartiere – bieten ihren Nutzern Möglichkeiten zu sehr unterschiedlichen Kontakten und Interaktionen. Die in diesen Stadtteilen typische Öffentlichkeit des Bürgersteigs, der Straßen, Plätze, Läden, Cafés oder Kneipen erlaubt es, gelegentliche und beiläufige, aber dennoch vertraute Kontakte aufzunehmen (Jacobs 1963: 51). Nutzungsgemischte Stadtteile erweitern die routinemäßigen Interaktionen der Bewohner und Gewerbetreibenden um zusätzliche Erfahrungen, die als Folge beiläufiger und „schwacher“ Kontakte mit der Umgebung entstehen können.

Im Unterschied zu „schwachen“ Verbindungen bilden Beziehungen z. B. zu Familienmitgliedern, zu Vertrauten und guten Freunden „starke Verbindungen“. Auch zwischenbetriebliche Kooperations- und Verflechtungsnetze zu Partnern, Zulieferern oder Kunden sind „starke Verbindungen“, weil sie auf gleichen oder komplementären Interessen

beruhen. Sie halten aber nicht nur zusammen, sondern schließen das Beziehungsnetz tendenziell auch nach außen hin ab. Der Horizont des Wissens von Akteuren, die allein im Schnittpunkt von „starken Verbindungen“ stehen, ist eingeschränkt auf die Neuigkeiten, die sie von ihren engeren Freunden oder Partnern erfahren (Wegener 1987: 278). Damit eingeschlossene Beziehungsmuster und Verbindungen nicht in ihrer Binnenperspektive befangen bleiben, brauchen sie „schwache Verbindungen“, bzw. Brückenbeziehungen zu anderen Netzwerken. Die „Stärke der schwachen Verbindungen“ (Granovetter 1973: 1364) besteht darin, den engen Horizont der Akteure auszuweiten, um die Quellen und den Fluss der Informationen und Ressourcen zu vergrößern. Es geht dabei z. B. um Informationen über Jobs oder die „richtigen“ Kinderbetreuungsplätze, um Anregungen und Ideen für die Gründung eines Unternehmens, Informationen über geeignete Wohn- und Gewerberäume, mögliche Unterstützer, Partner und potenzielle Aufträge.

Gelegenheiten zum Knüpfen „schwacher Verbindungen“ gibt es insbesondere in der Stadt, schließlich tritt die Stadt – im Unterschied zu einer dörflichen Gemeinschaft – ihren Bewohnern zuallererst als ein Ort von Fremden gegenüber. Unternehmen bietet die Stadt eine spezifische soziale Infrastruktur aus Institutionen wie Kammern und Verbänden; jeder Wirtschaftsbereich verfügt über eigene spezifische öffentliche Foren und Treffpunkte, vom Unternehmerstammtisch über die freiwillige Feuerwehr bis hin zum „Jour fixe“, an dem sich die interessierten Akteure einer Branche oder einer sozialen Gruppe an einem bestimmten Ort versammeln; und nicht zuletzt bieten kompakte und nutzungsgemischte Stadtteile mit einem vitalen „Bürgersteigleben“ (Jacobs 1963) ihren Nutzern die Möglichkeit zum Knüpfen vielfältiger „schwacher Verbindungen“. Die Stadt wirkt wie ein riesiger „Zufallsgenerator“ (Grabher 1994), der ein Reservoir an ungebundenen und nicht von vornherein instrumentalisierten Ressourcen bildet, die für eine Vielzahl noch unbestimmter Zwecke einsetzbar sind.

Die für die Stadt typische unvollständige oder offene Integration, die trotz Fremdheit und Distanz Kontakt und Kommunikation zustande kommen lässt und im Prinzip eine Pluralität von Entwicklungsoptionen bietet, verfügt damit über eine Vielzahl von Ansatzpunkten, die gegen Einschließungs- und Ausgrenzungseffekte aktiviert und mobilisiert werden können. So betrachtet liegt die Herausforderung einer „offenen Stadt“ darin, sowohl Räume für lokale und sich selbst stützende Gemeinschaften zu schaffen als auch Verbindungen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Ressourcen zu unterstützen. Es geht sowohl um explizite Kooperationen zwischen Akteuren, die sich durch wechselseitiges Vertrauen und ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl zu einer Wertegemeinschaft ergeben, als auch darum, einen Pool an spezialisierten und komplementären Ressourcen zu unterstützen, auf den verschiedene Akteure gemeinsam zugreifen können: Camagni (2000) sieht darin die Möglichkeit zur impliziten Kooperation zwischen Akteuren in Form von „sozialisierten Produktionsmitteln“ wie z. B. einem qualifizierten Arbeitsmarkt oder einer ausgeprägten Zulieferer- und Kooperationsstruktur.

Explizite Kooperationen auf der Grundlage wechselseitigen Vertrauens und gemeinsamer professioneller Werte und Orientierungen sind zwangsläufig selektiv und tendieren dazu, andere auszuschließen. Implizite Kooperationen dagegen zeichnen sich durch ihre

Offenheit aus. Der Ressourcenpool hat den Charakter einer öffentlichen Infrastruktur, auf die im Prinzip jeder zugreifen kann.

Unsere analytische Perspektive richtet sich folglich auf die Kräfte und Strukturen, die auf ein Aufbrechen der Exklusionsmechanismen hinwirken und die sozialen und ökonomischen Strukturen von Stadtteilen und Quartieren an externe und übergeordnete Entwicklungszusammenhänge anschließen können.

3 Fallstudien

3.1 Vorbemerkungen

Am Beispiel zweier sehr unterschiedlicher Stadtteile Hamburgs werden wir versuchen aufzuzeigen, dass es lokal sehr verschiedene Integrationsmuster und damit auch sehr unterschiedliche Wirkungszusammenhänge gibt, die mögliche Ausgrenzungsprozesse sowohl verstärken als auch abpuffern können. Es soll deutlich gemacht werden, dass spezifische Ausprägungen eines Stadtteils die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bewohner verbessern können, dass der Stadtteil aber auch einen negativen Einfluss für bestimmte Bewohner haben kann; d. h. dass er Ausgrenzungssituationen auch verschärfen und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse blockieren kann. Das für die Stadt charakteristische „Mosaik aus kleinen Welten“ (Park) bietet einerseits eine vertraute „Heimat“ und damit Schutz vor der Gefahr des Absturzes in persönliche und soziale Katastrophen. Die „Binnenintegration“ kann jedoch auch zum Problem werden, wenn ein Stadtteil stigmatisiert und ausgegrenzt wird oder sich selbst nach außen abschottet und neue Akteure und Ideen fernhält. Wer nur im Fokus von bereits bekannten und vertrauten Meinungen und Handlungsmustern steht, bekommt weniger oder kaum Anregungen von außen und hat damit auch weniger Chancen, anders zu handeln als in den gewohnten Mustern und Konventionen.² Diese Einschließungsmechanismen können zu lokalen Entwicklungsblockaden führen und ganze Stadtteile sozial und ökonomisch von der Entwicklungsdynamik der Stadt abkoppeln. Die Folge ist eine Vertiefung der sozialen Spaltung in der Stadt.

Diese Überlegungen sollen am Beispiel zweier diametral entgegengesetzter Typen von Stadträumen entfaltet werden: Am Typus des innenstadtnahen und funktionsgemischten Stadtteils und am Typus der Großsiedlung. Auf der Grundlage von empirischen Fallstudien zu den genannten Stadträumen wollen wir zeigen, dass die Stadt keine in sich homogene „städtische Gesellschaft“ und soziale Einheit darstellt, der man eine genuine städtische Integrationskraft unterstellen könnte, dass es aber durchaus spezifische urbane Wirkungszusammenhänge gibt, die große Bedeutung für die Ausprägung gesellschaftlicher Integrationsprozesse haben und die auch im Rahmen von Strategien zur sozialen Stadtentwicklung aufgegriffen werden können.

Unser Beitrag stützt sich auf verschiedene Untersuchungen, die am Institut für Stadt- und Regionalökonomie und -soziologie der Technischen Universität in Hamburg-Harburg

² Dabei spielt es prinzipiell keine Rolle, ob die Abschließung die Folge von Zwang, Diskriminierung und Armut ist oder die Folge einer freiwilligen und selbst organisierten sozialen Absonderung.

(inzwischen HafenCity Universität) durchgeführt wurden.³ In allen Untersuchungen standen – neben statistischen Auswertungen – qualitative Methoden der Analyse im Mittelpunkt. Gespräche mit Bewohnern und Gewerbetreibenden bis hin zu Bezirkspolitikern und „global playern“ bilden neben einer systematischen Raumwahrnehmung die empirische Basis unseres Beitrages. Welche sozialen und ökonomischen Beziehungen und Netzwerke nützen die verschiedenen Akteure? Auf welche unterstützenden institutionellen Angebote, Infrastrukturen und sozialstaatlichen Arrangements können sie zurückgreifen? Welche Ressourcen bietet ihnen das Stadtquartier zur Bewältigung ihrer Alltagsprobleme?

Für diesen Beitrag konzentrieren wir uns auf die Darstellung der Untersuchungsergebnisse für einen citynahen, gründerzeitlich geprägten Stadtteil, das Hamburger Schanzenviertel, sowie für eine Hamburger Großsiedlung der 70er-Jahre, Steilshoop.

3.2 Das Schanzenviertel – urban und funktionsgemischt

Das Schanzenviertel ist ein funktionsgemischtes, dicht bebaut und bewohntes innenstadtnahes Gründerzeitviertel, in dem sich in den letzten zwei Jahrzehnten tiefgreifende soziale, ökonomische, demografische und auch städtebauliche Wandlungsprozesse vollzogen haben. Rund ein Drittel der Bewohner des Stadtteils hat keine deutsche Staatsangehörigkeit (Hamburg 15,3 %). Der Anteil der unteren Einkommensbezieher ist im Vergleich zum Durchschnittseinkommen Hamburgs auffallend hoch. So bezogen 2003 11,4 % der Einwohner Leistungen aus der Sozialhilfe, während der Hamburger Durchschnitt bei 7 % lag, und 10,1 % der erwerbsfähigen Bewohnerschaft waren arbeitslos (Hamburg 7,3 %).⁴ Nach den sozialstatistischen Indikatoren wie Einkommensniveau, Arbeitslosigkeit und Migrantenanteil müsste man das Schanzenviertel zu den benachteiligten Quartieren rechnen, die vielfach auch als „soziale Brennpunkte“ qualifiziert werden.

3.2.1 Das Amüsier- und Arbeiterviertel: Ein Rückblick

Die gewerbliche Struktur des Viertels zeigt immer noch deutliche Spuren der Industriegeschichte Hamburgs: Von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Schanzenviertels war und ist der ehemalige Schlachthof und heutige Fleischgroßmarkt. Während der Industrialisierung Hamburgs siedelten sich in seinem Umfeld mehrere größere Fabriken aus der Lebensmittelindustrie und anderen Branchen an. Auch kleinere und mittelständische Handwerksbetriebe, verschiedene Läden, Kneipen und Restaurants, die sich

³ Dabei handelt es sich

- zum einen um ein Gutachten für die Stadtentwicklungsbehörde Hamburg über die Beschäftigungswirkungen wohnungsnaher Betriebe (Läpple D., Walter, G. 2000: Arbeiten im Stadtteil – Beschäftigungswirkungen wohnungsnaher Betriebe, hrsg. von der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg).

- zum andern um ein Gutachten über „die soziale Verträglichkeit der Messeerweiterung Hamburg (Breckner, I., Walter, G., Witthöft, G. (2000): Gutachten für die Stadtentwicklungsbehörde Hamburg zur „sozialen Verträglichkeit der Messeerweiterung Hamburg“, unveröffentlichte Druckschrift).

⁴ Die Daten beziehen sich auf den Stadtteil St. Pauli und entstammen der im Internet zugänglichen Version der „Stadtteil-Profile“ (2004a): http://fhh1.hamburg.de/fhh/behoerden/behoerde_fuer_innere-statistisches_landesamt/profile/stpauli.htm. Das Schanzenviertel ist ein Quartier innerhalb des Stadtteils. Aktuelle kleinräumlichere Daten über die soziale Struktur sind in Hamburg nicht erhältlich.

mit ihren Angeboten z. T. auf den Schlachthof bezogen, haben sich in den Werkstätten der Hinterhöfe und in den Erdgeschosszonen der gründerzeitlichen Blockrandbebauung niedergelassen. Ihnen verdankt das Viertel seine bis heute erhaltene gewerblich-handwerkliche Atmosphäre. Etwa zeitgleich entwickelte sich das Schanzenviertel zu einem wichtigen Amüsierviertel der Stadt, dessen Hauptattraktionen bis zum Zweiten Weltkrieg die als Zirkusbau erstellte Schilleroper und vor allem das „Concerthaus Flora“, das erste Varietétheater Deutschlands, waren.

3.2.2 Vom Problemviertel zum aufstrebenden Szenestadtteil

Die wirtschaftliche Entwicklung des Viertels der vergangenen zwanzig Jahre war in exemplarischer Weise durch die Prozesse und Folgen der Deindustrialisierung und Tertiärisierung geprägt. Neben den großen und mittleren Betrieben am Schlachthof und in seinem Umfeld haben auch viele der alteingesessenen Handwerker und Einzelhandelsläden wie Drogerien, Fleischer und andere Fachhändler ihren Standort im Schanzenviertel aufgegeben. An ihre Stelle zogen Bäckereiketten, türkische Gemüseläden, Imbisse verschiedenster Nationen, Import-Export-Geschäfte sowie Restpostenläden und Discounter in den Stadtteil.

Als Folge dieses tiefgreifenden Strukturwandels der Stadtteilökonomie und der sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung drohte das Stadtquartier zu „kippen“. In der öffentlichen Wahrnehmung galt das Schanzenviertel jedoch erst seit Mitte der 1990er-Jahre als „Problemgebiet“, als sich die sozialen Verhältnisse des Viertels durch den zunehmenden Drogenhandel zugespitzt hatten. Erst durch Drogenhandel und -konsum und die damit verbundene Kriminalität ist das Quartier zum städtischen Konfliktraum geworden: „Hasch, Koks und Anmache“ (Der Spiegel 26/1997) bzw. „Drogenterror“ (Hamburger Morgenpost 19.04.1997) brachten dem Stadtteil die Bezeichnung „Endstation Sehnsucht“ (Hamburger Rundschau 29.02.1996) ein – um ein paar Headlines der Presse zu zitieren.

Inzwischen ist die Drogenproblematik in den Hintergrund getreten. Das Schanzenviertel wird heute – insbesondere in der Wahrnehmung der jüngeren Bewohner – ein attraktiver Ort zum Wohnen wie zum Arbeiten. Die brachgefallenen Hüllen der alten Kulturindustrie, der Fabriken und Hinterhofwerkstätten erwiesen sich als überaus anpassungsfähig an neue Nachfragen. Wohnhäuser, Ladenzonen und leere Fabriken des Viertels wurden vielfach zu Experimentierräumen für neue genossenschaftliche Wohnformen und alternative wirtschaftliche Aktivitäten. Es entstanden Naturkostläden, Selbsthilfeprojekte, genossenschaftlich geführte Betriebe, betreute Spielplätze, Szenebars, Cafés, Restaurants sowie eine stadtteilorientierte soziale und kulturelle Infrastruktur. In den 1990er-Jahren wurde der Stadtteil von der „New Economy“ und der Werbung entdeckt. Mit dem Zuzug oder der Gründung der Agenturen und Studios von Grafik- und Webdesignern, Softwareentwicklern, Fotografen, Werbefachleuten und Multimedia-Spezialisten wurde der Stadtteil zu einem Zentrum der „Kreativen“.

Im Unterschied zu den Betrieben des Handwerks und Handels beurteilten die unternehmensorientierten Dienstleister aus der Medienbranche und der Werbung in der von uns durchgeführten Unternehmensbefragung die Zukunft des Stadtteils weitgehend positiv (vgl. Läßle, Walter 2000: 28 ff.). Derselbe Stadtteil erschien beispielsweise einem Einzelhändler „als unsicheres Chaotenviertel“ und einem unternehmensorientierten

Dienstleister als „multikulturelles und urbanes Viertel, ein bisschen vergleichbar mit Soho in London“ (Läpple, Walter 2000: 30–31).

Als Resultat der tradierten Funktionsmischung und der behutsamen Stadterneuerungsprozesse gibt es heute im Schanzenviertel ein vielfältiges Angebot an gewerblich nutzbaren Flächen, vom Ladenlokal bis zum Loft, von der Werkstatt bis zur Büroetage. Es gibt mehrere Zentren, die Gründern aus unternehmensnahen Dienstleistungen, den Medien und der Kultur- und Musikbranche geeignete Räume und Infrastrukturen für den Schritt in die Selbstständigkeit bieten, mehrere Gewerbehöfe sowie Einkaufsstraßen von überregionaler Bedeutung. Das Angebot an Läden und neu eröffneten Kneipen und Restaurants zieht zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten verschiedene Ströme von Menschen aus anderen Teilen der Stadt und aus dem Umland in den Stadtteil.

Eine besondere Anziehungskraft scheint das Viertel für Jüngere auch als Ort zum Wohnen zu haben. Die 25- bis 40-Jährigen stellen 43 % der Wohnbevölkerung, während im Durchschnitt Hamburgs lediglich rund 26 % dieser Altersgruppe angehören.⁵ Das Schanzenviertel ist also ein ausgesprochen „junges“ Viertel, in dem sich offensichtlich trotz seines sozialen Konflikstoffes eine sehr rege und zahlungskräftige Nachfrage nach Wohnraum artikuliert:

„Wenn ich im Schanzenviertel eine Wohnung annonciere oder ich gebe es an einen Makler, dann melden sich 50 Leute. 30 kucken sich das an, 10 wollen das haben. Die Leute, die das haben wollen, sind alles Leute die Geld haben, die kommen meistens aus der Werbung, IT-Branche, usw. Architekten, Grafikdesigner und was weiß ich“. (Immobilienbesitzer im Schanzenviertel).⁶

Die ungebrochene Attraktivität des Viertels u. a. für Studenten, aber auch für arrivierte soziale Gruppen, die jenseits der Normalität eines bürgerlichen Alltags neue Lebens- und Arbeitsformen suchen, zeigt sich auch in seinem statistischen Bild. Im Schanzenviertel sind lediglich 37 % der Bewohner verheiratet und 52 % sind ledig. Fast 60 % der Bewohner leben in Ein- und Zweipersonenhaushalten.⁷ Im Hinblick auf die schulischen und beruflichen Bildungen zeigt das Schanzenviertel ein sehr heterogenes Bild. Typisch für das Schanzenviertel ist das „Sowohl-als-auch“: Es gibt dort sowohl sehr viel gering oder schlecht qualifizierte Arbeitnehmer, als auch viele gut ausgebildete und akademisch qualifizierte Bewohner. Es gibt sowohl relativ viele Selbstständige und Freiberufler als auch viele Un- und Angelernte.

Die für das Schanzenviertel typische Mischung aus Wohn- und Gewerberaum, aus Zuwanderern und Studenten, einkommensschwachen und -starken Gruppen sowie traditionellem Gewerbe, Handwerk und Einzelhandel einerseits und modernen Dienst-

⁵ Die Angaben beziehen sich auf das Gutachten zur „sozialen Verträglichkeit der Messeerweiterung Hamburg“.

⁶ Das Zitat stammt aus einem Interview, das im Rahmen des Gutachtens über die „Soziale Verträglichkeit der Messeerweiterung Hamburg“ geführt wurde.

⁷ Die statistischen Angaben basieren auf der Untersuchung: Läpple, W., Walter, G. (2000): Arbeiten im Stadtteil – Beschäftigungswirkungen wohnungsnaher Betriebe, Gutachten im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde.

leistungen andererseits ist nicht das bruchlose „Erbe“ der gründerzeitlichen Stadtstrukturen. Die Entwicklung dieser sozialen und ökonomischen Diversität ist eng mit einer sozialen Bewegung gegen eine einseitige Ausrichtung der Stadterneuerung verbunden, die auf die Erneuerung der physischen Substanz der Stadt nach den Städtebauleitbildern der 1960er- und 1970er-Jahre drängte.

Durch Hausbesetzungen und das Reklamieren von Mitspracherechten bei der Sanierung konnten tatsächlich mehrere große Abriss- und Umnutzungsprojekte der Stadtplanung verhindert und die gründerzeitlichen Strukturen des Quartiers weitgehend erhalten werden. Sich einzumischen und Belange von Bewohnern und Gewerbetreibenden „von unten“ zu formulieren und in Sanierungsbeiräten, Runden Tischen und Stadtteilinitiativen einzubringen, gehört bis heute zu den „urbanen Tugenden“ im Schanzenviertel. Die teilweise heftig geführten öffentlichen Auseinandersetzungen um stadtplanerische Konzepte und alternative Nutzungsideen haben eine soziale, ökonomische und räumliche Infrastruktur geschaffen, in der sich verschiedene soziale und gewerbliche Milieus, vielfältigste informelle Beziehungen und eine große Offenheit gegenüber anderen sozialen Gruppen entfalten konnten.

Heute spielt sich auf den Straßen des Schanzenviertels in geradezu idealtypischer Weise das urbane „Bürgersteigleben“ ab, das Jane Jacobs beschrieben hat. Die vielfältigen Waren- und Dienstleistungsangebote des Viertels – vom Fleischer und Bäcker über Friseure, Mieterberatung und Copyshops bis zur Kneipe oder dem durchgehend geöffneten Imbiss – sind einerseits wichtige Bestandteile einer Versorgungsstruktur, die lange Wege überflüssig macht. Diese urbane Versorgungsstruktur ist sowohl für die weniger mobilen Bevölkerungsgruppen von hoher Bedeutung als auch für die hoch mobilen Professionals, deren Lebensorganisation durch eine „Verflüssigung“ der funktionalen, räumlichen und zeitlichen Grenzen zwischen Arbeitswelt und Lebenswelt geprägt ist (vgl. Läßle 2005a). Andererseits bilden die Läden, Restaurants, Kneipen und Dienstleistungsbetriebe auch Orte der Kommunikation. Beim Bäcker, Friseur oder im Coffeeshop trifft man sich, erfährt Neues aus den professionellen Milieus oder kann sich über die jüngsten Vorfälle in der (Stadt-)Politik echauffieren.

Auch Bettler und Obdachlose gehören zum Straßenleben. Gerade deren tägliche Präsenz wird zwar nicht selten als Zumutung erlebt, aber zugleich scheinen solche Begegnungen auch den Nährboden für die Aufrechterhaltung einer „höflichen Nichtbeachtung“ (Giddens) und vielleicht sogar einer alltäglichen Toleranz zu bereiten, die sich u. a. dadurch zeigt, dass man hier „den Obdachlosen in die Augen (schaue), auch wenn man nicht jedem von ihnen etwas geben könne“ (KulturSpiegel 6/2005: 13).

3.2.3 Die lokal verankerte Ökonomie des Viertels

Zu den lokal verankerten Betrieben⁸ zählen wir Kleinbetriebe des produzierenden und reparierenden Handwerks, Läden und Werkstätten des inhabergeführten Einzelhandels, Betriebe der Gastronomie sowie soziale und gesundheitliche Dienstleistungen und unternehmensbezogene Dienste. Das Spektrum reicht also vom traditionellen Handwerk bis zur „New Economy“. Lokal integriert sind die Betriebe z. B. über ihre Kunden, die sie von ihrem Standort aus mit dem PKW schnell erreichen können oder über Betriebe, mit denen sie partnerschaftlich zusammenarbeiten. In Quartieren wie dem Schanzenviertel finden sie ein passendes Angebot gewerblicher Räume: die Räume sind parzellengroß in Hinterhöfen oder in die Erdgeschosszonen von Geschäftsstraßen integriert, sie lassen sich mieten und erfordern selten so große Investitionen, dass der Betrieb auf einen spezifischen Entwicklungspfad festgelegt wird. Die Räume bleiben in der Regel inkrementell anpassbar an das Auf und Ab der betrieblichen Entwicklung – ein wichtiger Vorteil besonders für Betriebe, die stark kundenorientiert arbeiten und deren Nachfrage besonders wählerisch ist und diskontinuierlich verläuft.

Funktionsgemischte Stadtteile wie das Schanzenviertel und die gründerzeitlichen Quartiere in der westlichen inneren Stadt Hamburgs haben für die lokal verankerte Ökonomie noch einen anderen Vorteil: Hier gibt es eine große Vielfalt an Kunden, Arbeitskräften und anderen Diensten, die für die eigene Existenzsicherung in Anspruch genommen werden müssen. Z. B. könnten ohne die Laufkundschaft aus Erwerbstätigen, Kneipen- und Cafébesuchern, die aus vielen Teilen der Stadt und dem Umland in das Schanzenviertel kommen, der Einzelhandel und die Gastronomie kaum überleben. Auch die Häufung verschiedener Betriebe, Handwerker und Dienstleistungen, Institutionen und Infrastrukturen unterstützt die einzelbetriebliche Entwicklung. Sie steht wie ein „öffentliches Gut“ zur Verfügung, das für die Betriebe zwar kostenlos, aber nicht umsonst ist: Handwerker finden dort leicht Partnerbetriebe, mit denen sie zusammen Aufträge abwickeln. Mediendienstleister z. B. finden hier die geeigneten Szenarien, um ihresgleichen zu sehen und selbst gesehen zu werden. Daraus entstehen wiederum Kontaktbörsen für Informationen über potenzielle Beschäftigungs- und Kooperationsmöglichkeiten sowie für die Anbahnung von anderen geschäftlichen Beziehungen.

Heute zeigt die Ladenstruktur im Viertel eine deutliche Verschiebung und Polarisierung im Angebot: Für die vielen einkommensschwachen Gruppen aus dem Umfeld des Viertels und St. Paulis gibt es eine auffallende Präsenz an Discontnern, Restposten- und Schnäppchenmärkten. Für die anderen Kunden, die als Arbeitende oder als Amüsierwillige in die

⁸ Wir sprechen bewusst von „lokal verankerten Betrieben“ und nicht von „lokaler Ökonomie“, weil wir zwar davon ausgehen, dass die Betriebe ihre Standorte im Stadtteil haben, jedoch nicht einzig und allein von den lokalen Austauschverhältnissen leben können. Es handelt sich dabei nicht um einen von der globalen Ökonomie unabhängigen Wirtschaftskreislauf. Die Stadtteil- und Quartiersbetriebe werden trotz ihrer lokalen Orientierung und Einbettung in ihrer Entwicklung in vielfältiger Weise von überregionalen und selbst globalen Bezügen beeinflusst. Diese reichen von der „globalen Warenwelt“ des Einzelhandels über die transnationalen Bezüge der Migrantenökonomie bis hin zur virtuellen Vernetzung von Kleinbetrieben im World Wide Web. Die überregionalen und internationalen Zusammenhänge ändern jedoch nichts an der Dominanz ihrer lokalen Einbettung. Das Konzept der lokal verankerten Ökonomie betont das Spannungsverhältnis zwischen lokalen Einbettungsformen und translokalen Wirkungszusammenhängen, mit denen nicht nur Gefahren, sondern auch Chancen verbunden sind (vgl. Läßle 2005b: 28).

Viertel kommen, gibt es ein davon abweichendes Angebot, das den distinktiven Konsummustern und Lebensstilen einer kaufkräftigen und trendbewussten Konsumentengruppe eher entspricht. Das Schanzenviertel ist inzwischen eine Hochburg für Nachtschwärmer und kaum ein anderes Viertel kann eine vergleichbare Dichte von Restaurants so vieler unterschiedlicher Kulturen vorweisen.

3.2.4 Mögliche Gefährdungen – zwischen Yuppiesierung und Amüsierviertel

Die neuen Dienstleistungsmilieus haben die gewerblichen Strukturen des Viertels in gewisser Weise polarisiert: Sie bringen zwar neue Kaufkraft in das Viertel, zugleich aber stimulieren sie auch eine andere Nachfrage, an die sich nicht alle Bereiche des traditionell im Viertel ansässigen Handels anpassen können. Die alten inhabergeführten Läden weichen daher peu à peu, um Boutiquen, Kneipen und Restaurants Platz zu machen, die ihre Angebote und Sortimente auf die Bedürfnisse der Besserverdienenden und der „nachtaktiven“ Kneipenbesucher ausgerichtet haben. Während die Kunden und Besucher der Modeläden und Szenekneipen sich nicht an dem Image des Viertels und den Konflikten um die Drogenszene stören, leidet die traditionelle Geschäftswelt des Quartiers darunter. Sie musste z. T. erhebliche Umsatzeinbußen hinnehmen und nicht wenige alteingesessene Läden wurden geschlossen.

Die „New Economy“ und die damit verbundenen unternehmensorientierten Dienstleister haben nicht nur neue Bewohner, Unternehmen, Kunden, Kaufkraft und Investitionen in das Schanzenviertel gebracht, sondern auch eine Entwicklung angestoßen, die ansässige Gewerbebezüge und Bewohner als Bedrohung empfinden, weil die Mieten für Gewerbe- und Wohnräume sowie die allgemeinen Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Die Krise der „new economy“ hat allerdings wesentlich zu einer Entspannung der Situation beigetragen. Die Professionals der Neuen Medien treten inzwischen nicht nur bescheidener auf, sondern sie sind auch notgedrungen preisbewusster geworden. Lange Zeit drohte der „Standort Schanze“ vor allem durch den Drogenkonsum und -handel an Attraktivität zu verlieren. Inzwischen scheint die Drogenproblematik allerdings nicht mehr ganz so bedrohend zu sein. Sehr viel störender empfinden viele Bewohner heute die täglichen Zumutungen durch die wachsende Amüsier- und Erlebniskultur im Quartier. Vor allem Bewohner aus dem bürgerlichen Milieu wollen sich diesen Zumutungen nicht länger aussetzen und ziehen weg. Dadurch verliert das Quartier Nachfrage, gerade in den Bereichen der alltäglichen Versorgung, wodurch viele der Geschäfte in eine schwierige ökonomische Situation geraten.

3.3 Steilshoop – die stigmatisierte Mustersiedlung im Grünen

Steilshoop ist eine Großsiedlung, die in den 1970er-Jahren auf dem Gebiet von Hunderten von Kleingärten entstand. Prägend für die Sozialstruktur des Stadtteils ist vor allem der außergewöhnlich hohe Anteil an Sozialwohnungen in der Höhe von 70,6 % (Hamburger Durchschnitt 16,4 % und Schanzenviertel 16,2 %).⁹ Fast die Hälfte der Wohnungen

⁹ Die Daten zur Sozialstruktur des Stadtteils Steilshoop entstammen der im Internet zugänglichen Version der „Stadtteil-Profil“ (2004b): http://fhh1.hamburg.de/fhh/behoerden/behoerde_fuer_innere-statistisches_landesamt/profile/steilshoop.htm.

gehören kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, 30 % befinden sich im Besitz verschiedener Genossenschaften (vgl. Harms, Schubert 1989: 315). Die Sozialstruktur der Bewohner und Bewohnerinnen ist aufgrund der Belegungspolitik und der Förderbedingungen das Resultat eines amtlichen Selektionsprozesses.

Bei dieser Großsiedlung handelt es sich um einen baulichen und sozialen Zusammenhang, dessen Abschließung nahezu perfekt ist: Sie vermittelt sich durch den baulichen Zusammenhang der Siedlung, der sich aus dem städtischen Umfeld deutlich sichtbar gegenüber den benachbarten Vierteln abhebt. Sie vermittelt sich in den ökonomischen Strukturen der Siedlung, die ausschließlich auf den Siedlungszusammenhang bezogen sind und fast keine Nutzungen aufweisen, die einen Austausch mit den umgebenden Stadtteilen oder dem Rest der Stadt pflegen. Und sie vermittelt sich vor allem in der sozialen Struktur der Siedlung, die sich durch den amtlichen Selektionsprozess der Sozialwohnungen relativ homogen innerhalb der vorgezeichneten Einkommensgrenzen bewegt.

Abb. 1: Steilshoop



Steilshoop wurde in der Zeit zwischen 1969 und 1975 geplant und errichtet. Das städtebauliche Konzept ist von einer Abwendung von den strengen und orthogonal formierten Zeilen des 1960er-Jahre-Städtebaus geprägt. Ein Team aus international renommierten Architekten¹⁰ versuchte stattdessen durch eine weiträumige, nahezu geschlossene Blockrandbebauung „Urbanität durch Dichte“ zu erzeugen.

Steilshoop ist zudem vom städtebaulichen Leitbild der Funktionstrennung geprägt. Zwar hatte die Planung die zeitlich parallele Entwicklung eines Gewerbegebietes in der angrenzenden Nachbarschaft vorgesehen, aber die strenge Zonierung in Wohn- und Gewerbegebiet verstärkt nur den dominierenden Eindruck einer funktionalen Ordnung, die darauf ausgerichtet ist, die Mischung und Reibung zweckfremder Nutzungen zu verhindern.

Diese Ordnung setzt sich auch innerhalb der Siedlung fort. Die Frei- und Grünflächen befinden sich ausnahmslos in den halb-privaten Blockinnenbereichen, Straßen dienen ausschließlich Verkehrszwecken, davon getrennt durchziehen Fußwege die Baublöcke. Geschäfte und Dienstleistungen befinden sich separat in einem zentral gelegenen, nach außen hin geschlossen und abgeschirmt wirkenden Einkaufszentrum. Weil ein geplanter Schnellbahnanschluss bis heute nicht gebaut wurde, ist die Siedlung nur über das Busnetz an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen. Um von Steilshoop in die Hamburger City zu kommen, benötigt man mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen 28 und 37 Minuten reine Fahrzeit.

Wie in vielen anderen Großsiedlungen ist diese Zonierung jedoch zum Problem geworden. Weil alle Räume – von der „Funktionsküche“ bis zum Einkaufszentrum – genau bestimmten und klar definierten Zwecken gewidmet sind, gibt es nur wenig Gelegenheiten, zu denen sich verschiedene Menschen mit jeweils unterschiedlichen Absichten, Zwecken und Zielen „zufällig“ und zwanglos zusammenfinden können. In der Folge davon existieren in Steilshoop fast nur Nutzungsräume, in denen sich jeweils spezifische, dem Zweck entsprechende Handlungsmuster entwickeln können und geduldet werden. Ansonsten aber ist der öffentliche Raum in Steilshoop kein Ort des ziellosen Spazierengehens und schon gar kein Ort zum Verweilen. Da sich niemand ohne Ziel und Zweck im öffentlichen Straßenraum aufhält, werden diejenigen, die diese Regel brechen, mit Argwohn und Misstrauen betrachtet oder aber der Regelverstoß wird umgehend durch die Beseitigung der Nischen behoben – so wurden beispielsweise Bänke entfernt, die zu Treffpunkten für ausgiebigen Alkoholkonsum geworden waren.

3.3.1 Ökonomische Strukturen Steilshoops

Den damaligen Leitbildern des Städtebaus entsprechend ist die Trennung der Funktionen Wohnen und Arbeiten in Steilshoop am markantesten ausgeprägt. Die Siedlung selbst ist nahezu ausschließlich der Wohnfunktion gewidmet und in ihren Straßen und Wegen finden die Bewohner mit Ausnahme des Einkaufszentrums in der Mitte der Siedlung keinen einzigen Ort, der ein zwangloses Verweilen erlauben würde, wie beispielsweise ein Café, ein Lebensmittelgeschäft, ein Imbiss. Das Einkaufszentrum ist dagegen zuallererst

¹⁰ U. a. Candilis, Josic, Woods (Berlin/Paris) und John Suhr (Hamburg).

ein Ort des Konsums und der Erledigung anderer Besorgungen. Wer das Zentrum nicht zum Konsumieren betritt und sich nur darin aufhält, um Zeit zu verbringen – allein oder mit anderen – zieht den Argwohn und das Misstrauen der Sicherheitskräfte auf sich und muss damit rechnen, aus dem Zentrum verwiesen zu werden.

Das Einkaufszentrum ist nahezu durchgängig mit Filialbetrieben belegt; es gibt kaum inhabergeführte Betriebe. Zwar arbeiten in den Ladengeschäften und Filialen der Siedlung vor allem Leute aus Steilshoop – und diese lokalen Arbeitsplätze sind nicht hoch genug einzuschätzen –, doch für die strategische Führung der Läden spielt die lokale Einbindung keine Rolle. Filialen werden mit dem Ziel gegründet, die lokale Kaufkraft der Siedlung abzuschöpfen. Wenn übergeordnete Gründe die Schließung der Filiale rational erscheinen lassen, wird sie geschlossen. Aus der Sicht der Führung bestehen deswegen auch keine anderen Bindungen an die Siedlung als die spezifischen Kaufkraftpotenziale.

Lediglich in der Ringstraße, die um das Einkaufszentrum herumführt, haben sich auf einem kleinen Abschnitt in den ausgebauten Erdgeschosszonen der Wohnblocks einige Betriebe niedergelassen, die von ihren Inhabern selbst geführt werden. Die meisten von ihnen fühlen sich jedoch in ihrer Existenz durch die schwierigen Bedingungen des sozialen Umfeldes bedroht: dem Vandalismus in Form von Zerstörungen und Graffiti und dem stetig schwächer werdenden lokalen Absatzmarkt aufgrund der sinkenden Kaufkraft.

Sowohl die Filialen des Einkaufszentrums als auch die inhabergeführten Betriebe am Rande des Zentrums leben ausschließlich von der Kundschaft aus der Siedlung. Es gibt keine Attraktion, die über die Siedlung hinaus Kunden anziehen könnte. Einkommens- und Kaufkraftverluste innerhalb der Siedlung können daher auch nicht von außen ausgeglichen werden. Soziale Erosionsprozesse betreffen unter diesen Umständen den gesamten Einzelhandel. Außerdem ist die Nachfrage aufgrund der homogenen sozialen Struktur kaum differenziert. Weder im Preis, noch im Stil oder Geschmack der Waren lassen sich verschiedene Konsummuster ablesen. Es gibt offensichtlich für eine kundenorientierte Segmentierung des Angebotes keine Möglichkeit, auf deren Grundlage sich bessere Entwicklungsperspektiven für den Handel und das Handwerk eröffnen ließen.

Ein ganz anderes Segment ökonomischer Aktivitäten befindet sich in dem Gewerbegebiet, das durch eine Hauptverkehrsader von der Siedlung getrennt liegt. Auch dieser Bereich ist kein öffentlicher Ort, der zu etwas anderem als zum Arbeiten in Anspruch genommen werden kann. Der Rhythmus dieses Gebietes wird vom Beginn und Ende der Arbeitszeiten strukturiert. Davor und danach sind die Straßen leer.

Für die Betriebe bietet der Standort jedoch einige Vorteile. So konnte man hier nach den eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen bauen, man hat einen guten Verkehrsanschluss und liegt im Vergleich zu anderen Gewerbegebieten noch relativ nah an zentralen Bereichen der Stadt. Für den Großteil der im Gewerbegebiet ansässigen Betriebe spielt der Stadtteil als Absatzmarkt jedoch keine Rolle. Einige Handwerksbetriebe, die sich im Zuge des Siedlungsbaus in den 1970er-Jahren niedergelassen haben und von der großen Nachfrage nach Bau- und Ausbauleistungen profitieren konnten, mussten schnell neue Absatzmärkte finden, weil der Stadtteil alleine keine dauerhafte betriebliche Entwicklung zuließ.

Ein Großteil der heute ansässigen Betriebe kam aus den innenstadtnahen gründerzeitlichen Stadtteilen in das Gewerbegebiet. Die Verlagerungen wurden in der Regel notwendig, weil die beengten Räume am alten Standort keine Erweiterung mehr zuließen. Die Betriebe befinden sich in Wachstumsphasen oder sie haben sich auf einem relativ hohen Niveau konsolidiert. Bei ihnen handelt es sich zum großen Teil um mittelständische Unternehmen, die im Vergleich zu den Filialen des Einkaufszentrums über sehr viel mehr Mitarbeiter verfügen. Abgesehen von dem unsicheren sozialen Raum und den vielen Einbrüchen und Diebstählen, sind die Betriebe mit dem Standort zufrieden.

3.3.2 Soziale Konflikte im öffentlichen Raum

Vergleicht man Steilshoop und das Schanzenviertel nach den gängigen sozialstatistischen Indikatoren von Armut und Benachteiligung, ergeben sich keine großen Unterschiede. In beiden Stadtteilen sind die durchschnittlichen Einkommen gering.¹¹ Der Anteil an Sozialhilfeempfängern war in Steilshoop 2003 mit 11,7 % nahezu gleich groß wie im Schanzenviertel. Der Anteil der Arbeitslosen lag 2004 mit 8,7 % über dem städtischen Durchschnitt von 7,35 %, aber deutlich unter dem des Schanzenviertels mit 10,1 %. Von den 16.500 Einwohnern Steilshoops waren im Jahr 2004 3.400, also 17,7 % Ausländerinnen und Ausländer. Der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung ist somit deutlich niedriger als im Schanzenviertel, aber etwas höher als im Hamburger Durchschnitt (16 %).

Anders als im Schanzenviertel entsteht in Steilshoop aus dem Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen und Lebensweisen aber kaum eine produktive Reibung. Hier führen kulturelle und ethnische Differenzen zu Abgrenzungen und einem Rückzug in die eigenen vier Wände. Eine gegenseitige Gewöhnung und Akzeptanz fällt hier offenbar schwer. Wer mit seinem Alltag von den vorherrschenden Konventionen abweicht, kann in der Siedlung nicht selbstverständlich mit Gleichgültigkeit oder Anteil nehmender Toleranz der anderen rechnen. Wie unversöhnlich sich zuweilen die Positionen gegenüberstehen, wird in dem folgenden Ausschnitt aus einem Gespräch mit einem Einzelhändler deutlich.

„Es ziehen immer mehr Deutsche weg. Das ist wirklich schade, dass das hier nicht besser gemischt wird! Es wohnen bald mehr Türken als Deutsche hier. Und die Türken passen sich einfach nicht an. Die haben einfach andere Vorstellungen vom Zusammenleben. Die Kinder sind laut, das ist auch nervig! Eine Kundin erzählte uns vor kurzem, dass die Türkinkinder in der Wohnung über ihr abends um 22 Uhr noch Fußball spielen. Sie ist dann dort vorstellig geworden, und dann hat sie der türkische Mieter bedroht. Auch die Wohnungsbaugesellschaft hat ihr keine Rückendeckung gegeben. Jetzt zieht sie aus!“¹²

¹¹ Angaben über das Einkommen in den Stadtteilen werden in den „Stadtteil-Profilen“ des Statistischen Landesamtes Hamburg veröffentlicht, sie beziehen sich jedoch ausschließlich auf das Jahr 1995. Kurz vor der Welle neuer Medien- und IT-Dienstleistungen lag das durchschnittliche Einkommen der Bewohner St. Paulis sogar unter dem von Steilshoop (<http://www.hamburg.de/Behoerden/StaLa/profile/steilshoop.htm>).

¹² Das Zitat stammt aus der Untersuchung über die „Beschäftigungswirkungen wohnungsnaher Betriebe“ (Läpple, Walter 2000: 87).

Dass voneinander abweichende Lebensstile so sehr ins Gewicht fallen, hängt nicht zuletzt auch mit dem sozialen Raum der Siedlung zusammen. Das Problem Steilshoops lässt sich wie folgt charakterisieren: Die sozialräumliche Organisation der Siedlung engt die Bewohner weitgehend auf einerseits ausgewählte und ausschließende private Beziehungen in Cliquen, Freundes- und Bekanntenkreisen oder in der Verwandtschaft ein oder führt andererseits zu sozialer Abgeschiedenheit. Gerade damit aber werden die gegenseitigen Abgrenzungen der sozialen Gruppen vertieft und die Chancen sinken, dass vereinzelte Kollektive, Familien oder Individuen in einen sozialen Zusammenhang gebracht werden. Erforderlich für die Entwicklung von „weak ties“ wären niedrig-schwellige Alternativen zur privaten Gemeinschaft bzw. der sozialen Isolation.

Ein Beispiel aus der Siedlung mag dies verdeutlichen: Die im großzügigen Blockinneren im Stil von Parks angelegten grünen Hofbereiche bieten insbesondere Eltern und Kindern viele Gelegenheiten für engere Gemeinsamkeit mit der Nachbarschaft: Spielplätze, Grillmöglichkeiten und eine Möblierung, die das Beisammensein nahelegt. Aber es gibt keine Läden dort, keine Unternehmen oder Infrastruktur irgendwelcher Art. Wenn die Eltern ihre Kinder in den Hof bringen, um dort mit anderen Eltern oder Kindern Kontakt zu bekommen, müssen sie – wenn sie den weiten Rückweg in die eigene Wohnung scheuen – in die Wohnungen ihrer Bekannten gehen, um sich beispielsweise im Winter aufzuwärmen oder ihre Kinder sauber zu machen. Es ergibt sich auf diese Weise im Kreise der Bekannten ein geselliges Leben. Aber bereits die Nachbarn aus dem angrenzenden Baublock passen nicht mehr in diese private Geselligkeit. Die Höfe werden als ein erweiterter Privatbereich wahrgenommen, der anderen eine Grenze vermittelt: Sie sind hier nicht erwünscht.

Gäbe es eine Ansammlung von öffentlichen Treffpunkten, wie beispielsweise Imbisse, Gaststätten oder Läden, dann könnten die Zusammenkünfte ganz anlassbezogen und unverfänglich auf einer öffentlichen Basis stattfinden und jeder könnte sich am Ort aufhalten, egal ob er zu dem einen oder anderen engeren Zirkel von Nachbarn oder Freunden dazugehört.

Die Abgrenzung von den anderen Bewohnern der Siedlung und der Rückzug in die „eigenen vier Wände“ sind Phänomene, die Steilshoop seit seiner Gründung begleiten. Diese Anonymität ist auch ein Grund dafür, dass die sozial mobilen Bewohner die Siedlung verlassen und damit die weniger Mobilen, die auf die Unterstützung der Wohnungsämter bei der Zuweisung von Wohnraum angewiesen sind, zurücklassen. Entwicklungsoptionen in der Siedlung, die von den Bewohnern selbst entworfen und getragen werden, bleiben die Ausnahme. Seit der Gründung der Siedlung arbeiten deswegen Sozialarbeiter, Beschäftigungsträger und andere Akteure aus der gemeinwesenorientierten Arbeit daran, dass die sozialen Verhältnisse der Siedlung für die Bewohner erträglich bleiben. Die Siedlung ist damit auf einen beständigen Ressourcentransfer von außen angewiesen. Ohne diesen Transfer hätten auch die wenigen selbst organisierten Initiativen von Bewohnern, Lehrern, Erziehern und anderen Akteuren aus der Gemeinwesenarbeit kaum eine Chance gehabt.

3.3.3 Trotz Sanierung und „Nachbesserungen“ erneut die Gefahr eines sozialen Verfalls

Das Bild Steilshoops in der Öffentlichkeit Hamburgs war lange Zeit stark vom Image des „sozialen Brennpunktes“ geprägt. Dazu trugen Vandalismus und Verschmutzung oder Verwahrlosung von Wohnungen und Treppenhäusern sowie eine steigende Kinder- und Jugendkriminalität bei, die auch zum Wegzug vieler Mieter geführt hat. Deswegen wurde die Siedlung bereits Anfang der 1980er-Jahre zum Sanierungsgebiet erklärt und umfangreiche „Nachbesserungsmaßnahmen“ durchgeführt. Diese wurden sowohl auf die Gebäude und das Wohnumfeld als auch auf die soziale Infrastruktur des Viertels konzentriert. In diesem Zusammenhang wurden in Steilshoop zumeist über ABM-Stellen und Sachmittel subventionierte Versorgungseinrichtungen entwickelt, die jeweils auf die besonderen Probleme spezifischer „Problemgruppen“ zugeschnitten sind: Jugendhilfeeinrichtungen für Kinder und Jugendliche, Altenbetreuungen für die ältere Generation, Beschäftigungsträger für arbeitslose Jugendliche und ältere Arbeitnehmer, Weiterbildungseinrichtungen für die Aus- und Weiterbildung.

Die Infrastruktur wurde unter großem Engagement von Sozialarbeitern, der in der Siedlung ansässigen Gesamtschule und ihren Lehrern, Erziehern und anderen Experten für die soziale und kulturelle Arbeit vorangetrieben und schließlich konnten auch Impulse zur Selbsthilfe an die Bewohner und die jeweils besonderen „Problemgruppen“ unter ihnen weitergegeben werden. So wurde beispielsweise ein Kulturverein ins Leben gerufen, der regelmäßig Theateraufführungen organisiert. Ein für die Siedlung besonders wichtiges Projekt ist ein Café, das gegenüber dem Einkaufszentrum im Erdgeschoss eines Wohnungsbaus eingerichtet wurde und ebenfalls über ABM-Stellen und von zahlreichen ehrenamtlich tätigen Mitarbeitern betrieben wird. Das Café ist vor allem der Zusammenarbeit mit der Wohnungsbaugesellschaft und insbesondere der Initiative und dem Durchsetzungsvermögen einiger in der Sanierungsplanung engagierter Bewohner zu verdanken, die sich selbst als „Anwälte“ des Gemeinwesens verstehen.

Inzwischen droht dem Café durch die Umstellung der Fördermaßnahmen das Aus. In den letzten Monaten ist Steilshoop mit einer ganzen Reihe von städtischen Sparmaßnahmen konfrontiert, die die soziale Infrastruktur des Stadtteils in hohem Maße bedrohen. So soll die einzige weiterführende Schule des Stadtteils, die Integrierte Gesamtschule, geschlossen werden. Ebenfalls von Schließung bedroht sind das Hallenbad in der Fabriciusstraße und die Bücherhalle des Stadtteils, die auf eine „Familienbibliothek“ reduziert werden soll (vgl. Hamburger Abendblatt vom 04.02.2005 und TAZ vom 14.06.2005). Der Elternrat der Integrierten Gesamtschule Steilshoops sieht durch die Sparpolitik des Senats „den Stadtteil vom sozialen Verfall bedroht“.¹³ In seiner Presseerklärung warnt der Elternrat die Politik: „Verarmung, eingeschränkte Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten, eine vom Verfall bedrohte Umwelt: Steilshoop läuft Gefahr, wieder ein sozialer Brennpunkt zu werden.“

Durch die drohende Auflösung der tradierten sozialstaatlichen Arrangements wird dieser Stadtteil besonders stark getroffen. Selbsthilfeaktivitäten und die Gründung sozialer

¹³ Siehe Presseerklärung des Elternrates der integrierten Gesamtschule Steilshoop: <http://www.gs-steilshoop.de/elternrat.htm>.

Netzwerke waren in der Vergangenheit meist auf Ressourcen und Hilfeleistungen aus professionellen und übergeordneten Entwicklungszusammenhängen angewiesen, die jetzt schrittweise zurückgeführt werden. Selbst organisierte Netzwerke basieren auf „sozialem Kapital“, d. h. auf einem dauerhaften Engagement von Gruppen von Bewohnern, die über Durchsetzungsvermögen und Verbindungen verfügen. Dieses „soziale Kapital“ ist in Steilshoop im Vergleich zum Schanzenviertel jedoch relativ gering ausgeprägt.

Zwar engagieren sich in Steilshoop viele Lehrer, Erzieher und Beschäftigungsträger für das Gemeinwesen. Ihre Ressourcen sind aber institutionalisiert: In den Strukturen von Schulen, Beschäftigungsagenturen, Alten- oder Jugendeinrichtungen. Im Rahmen ihrer professionellen Funktionen stehen ihnen Arbeitsplätze, gewisse Sachmittel und Arbeitskontexte zur Verfügung, wenn auch in immer geringerem Umfang. Wenn diese extern bereitgestellten Ressourcen jedoch durch staatliche und kommunale Sparmaßnahmen stark eingeschränkt werden oder wegfallen, werden die Möglichkeiten sozialer Integration in dem Stadtteil erheblich geschwächt. Das Leben im Stadtteil droht damit zu einer zunehmenden Beschränkung der Lebenschancen seiner Bewohner zu werden.

4 Schlussbemerkungen

In der Einleitung zu diesem Beitrag haben wir darauf hingewiesen, dass sich die sozialen Probleme der Städte im Stadtraum in unterschiedlicher Weise manifestieren. So führt die sozialräumliche Konzentration und Kumulation der Erscheinungsformen einer persistenten Massenarbeitslosigkeit mit anderen Formen sozialer Benachteiligung dazu, dass Stadtquartiere zu den eigentlichen Problemfeldern werden. Wie bereits ausgeführt, sind die von uns vorgestellten Quartiere zumindest auf statistischer Ebene von der Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Problemen ähnlich stark betroffen. Beide Quartiere gelten in der öffentlichen Wahrnehmung als „Problemstadtteile“. Allerdings zeigt ein genauerer Blick, dass die übergeordneten Problemkonstellationen (krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitslosigkeit, Armut) auf der lokalen Ebene des Stadtteils unterschiedliche Auswirkungen und Folgen haben. Die innerstädtischen Quartiere (vom Typ Schanzenviertel) eröffnen beispielsweise sehr viel größere Möglichkeiten für die Entwicklung sozialer Netzwerke, für Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort, für kollektive Lernprozesse sowie unterschiedliche „Überlebensstrategien“. Großsiedlungen dagegen können allein schon aufgrund ihrer strikten Funktionstrennung kaum Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort anbieten. Die vorherrschende Lebensweise ist eher privatistisch und auf Familienbeziehungen ausgerichtet. Da die Großsiedlungen allerdings immer noch über einen hohen Anteil an Sozialwohnungen verfügen, bieten sie den von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien bisher noch eine weit sicherere Wohnperspektive als die innerstädtischen Quartiere, wo die Wohnungsversorgung allein über den Markt vermittelt ist.

Interessant ist die Konfrontation unserer unterschiedlichen Beurteilung der beiden Stadtquartierstypen mit den Forschungsergebnissen von Martin Kronauer und Berthold Vogel, die im Rahmen eines Forschungsprojektes versucht haben, in Bewohnerbefragungen zu klären, wie innerstädtisches Quartier und wie Großsiedlungen von ihren jeweiligen Bewohnern, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bewertet werden (s. dazu den Beitrag von Martin Kronauer in diesem Band). Kronauer und Vogel kommen in ihrer Untersuchung zu dem folgenden Ergebnis: „Die Arbeitslosen unserer Befragung in Mümmelmannsberg

(einer Hamburger Großsiedlung – d. V.) und St. Pauli sind überraschend einig, wenn es um die Bewertung ihres jeweiligen Wohnquartiers geht. Die deutliche Mehrheit in beiden Stadtvierteln äußert sich überwiegend positiv, wenn sie in den Interviews auf ihr Wohnfeld angesprochen werden“ (Kronauer; Vogel 2001: 51).

Die beiden Forscher kommentieren dieses Ergebnis wie folgt: „Unsere Vermutung, dass die periphere Siedlung Mümmelmansberg als ‚monofunktionales Quartier‘ deutlich schlechter abschneiden würde als das innenstadtnahe und ‚multifunktionale‘ Altbauquartier St. Pauli, bestätigte sich nicht“ (Kronauer; Vogel 2001: 51). Sie machen jedoch deutlich, dass hinter dieser ähnlichen Bewertung sehr unterschiedliche Beurteilungskriterien stehen, die wiederum das Resultat sehr unterschiedlicher Lebensbedingungen sind. Mit anderen Worten, in den unterschiedlichen Quartierstypen leben unterschiedliche Bevölkerungspopulationen mit sehr unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnissen. Durch die spezifische Ausprägung der Quartiere wurden im Laufe der Zeit Menschen mit bestimmten Lebenslagen und Lebensstilen angezogen bzw. abgestoßen, wodurch sich wiederum die sozial selektive Ausprägung der Quartiere verstärkt hat. Wie wir am Beispiel von Steilshoop gezeigt haben, werden diese sozialräumlichen Selektionsprozesse zusätzlich durch institutionelle Arrangements wie die amtliche Zuweisung von Sozialwohnungen verstärkt.

Quartiere unterscheiden sich nicht nur in ihren funktionalen Strukturen, ihren baulich-architektonischen Merkmalen, ihrer Geschichte sowie ihrer sozialen Zusammensetzung, sondern Stadtquartiere sind auch Ausdruck unterschiedlicher Integrationsmuster oder Integrationsmodi. In unseren Ausführungen zur gesellschaftlichen Integration haben wir bereits aufgezeigt, dass es in modernen Gesellschaften keine Integration in „die“ Gesellschaft gibt, sondern dass gesellschaftliche Einbindung und Teilhabe über die Integration in die verschiedenen Teilsysteme der Gesellschaft vermittelt werden, also beispielsweise die gleichzeitige Integration in den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt, in sozialstaatliche Arrangements, familiäre Beziehungen und/oder soziale Netze. Das Gelingen einer derartigen gleichzeitigen oder simultanen Multiinklusion erfordert eine komplexe Vermittlung zwischen strukturellen Inklusionsangeboten und den jeweiligen subjektiven Erfordernissen nach Teilhabe und Einbindung. Das heißt: Die strukturellen Angebote systemischer Integration müssen mit den jeweils unterschiedlichen Formen alltäglicher Lebensführung sowie den subjektiven Fähigkeiten der Menschen in Übereinstimmung gebracht werden. Oder mit der Begrifflichkeit von Giddens: Die strukturellen Funktionsweisen der Systemintegration (in die verschiedenen Teilsysteme der Gesellschaft) bedürfen der alltagsweltlichen Vermittlung durch die Sozialintegration (auf der Ebene von face-to-face-Interaktionen).

Für die Lösung dieses Integrationsproblems haben sich vor allem zwei paradigmatische Modelle herausgebildet, die wiederum mit unseren beiden Quartierstypen korrespondieren. Zunächst zum ersten Integrationsmodus, dem fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Integrationsmodell. Im fordistischen Entwicklungsmodell dominiert die Strategie der Standardisierung und Normierung. Der Standardisierung der Produktionsprozesse entspricht die Standardisierung der gesellschaftlichen Zeitorganisation und der Arbeitsarrangements. Standardisierung und Normierung der Arbeit verdichten sich im sogenannten „Normalarbeitsverhältnis“. Sein wesentliches Merkmal ist eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung, die arbeits- und sozialrechtlich abgesichert ist. Das Normalarbeitsverhältnis impliziert eine klare Trennung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, woraus wiederum eine

klare Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern resultiert. Es weist den Männern die „Ernährerrolle“, also die materielle Versorgung der Ehefrau und Kinder zu, den Frauen hingegen die „Hausfrauenrolle“, die allenfalls eine Zuverdienerrolle zulässt. Durch entsprechende sozialstaatliche Arrangements, kulturelle Normen und Leitbilder wird das Regime der Massenproduktion verknüpft mit dem Modell eines standardisierten Lebens- und Konsummodells. Die diesem Integrationsmodus idealtypisch entsprechenden Wohnformen sind zum einen das Eigenheim im suburbanen Raum und zum anderen die Wohnung in der Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus am Rande der Stadt. Die Raumstruktur ist durch eine klare funktionale und räumliche Trennung der Arbeitswelt von der Lebenswelt geprägt, was wiederum seinen Ausdruck in der Entmischung städtischer Funktionen durch eine stadträumliche Zonierung findet. Das Problem der „gleichzeitigen Multiinklusivität“ wird im Rahmen dieses fordistischen Integrationsmodus durch eine Standardisierung und Normierung der Arbeitswelt und eine durch sozialstaatliche Arrangements abgesicherte Lebens- und Konsumweise gelöst, die räumlich in eine weitgehend standardisierte Wohn- und Siedlungsstruktur eingebunden ist.

Durch diese wohlfahrtsstaatlich-fordistischen Inklusionsarrangements mit ihren spezifischen Formen der Standardisierung und Normierung wird die besondere Qualität der Stadt mehr oder weniger entwertet. Die auf räumlicher Dichte basierenden Inklusionsangebote der Stadt werden auf standardisierte und zonierte Arbeits- und Lebensräume jenseits der sozialen und kulturellen Zumutungen der tradierten Stadt verlagert.

Die Großsiedlung Steilshoop ist Ausdruck und Resultat eines derartigen fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Integrationsmodells. Sie wurde Ende der 1960er-Jahre in Zeiten der Vollbeschäftigung gebaut, zur raschen Versorgung der Bevölkerung mit preisgünstigem Wohnraum. In diesem Sinn ist das Siedlungsbauprojekt durchaus erfolgreich gewesen, denn es gelang tatsächlich, den Wohnungsmarkt in den unteren Preissegmenten zu entlasten und ein breites Angebot an Wohnraum für Beschäftigte in den Großverwaltungen und der fordistischen Industrie zur Verfügung zu stellen. Mit der zyklusübergreifenden Weltwirtschaftskrise der 1970er- und 1980er-Jahre geriet auch das fordistisch-wohlfahrtsstaatliche Integrationsmodell in die Krise. In den folgenden Jahrzehnten war es Prozessen der Deregulierung, Flexibilisierung und Neuformierung unterworfen. Im Rahmen dieses Strukturwandels setzte sich nicht nur eine Erosion des Normalarbeitsverhältnisses durch, sondern es „verflüssigten“ sich zunehmend auch die funktionalen, räumlichen und zeitlichen Grenzen zwischen Arbeits- und Lebenswelt. Zunehmend zeigte sich jedoch, dass die – unter fordistischen Entwicklungsbedingungen – funktionale Leistungsfähigkeit des monofunktionalen Stadtquartiers in krassem Widerspruch steht zu den Anpassungserfordernissen der neuen ökonomischen und sozialen Situation.

Die strikte Trennung von Arbeitswelt und Lebenswelt wurde nicht nur zu einem funktionalen, sondern auch zu einem mentalen Problem. Das Stadtquartier bietet kaum Arbeitsmöglichkeiten und es gibt auch „kaum Gelegenheiten, wo Arbeitslose und diejenigen, die morgens zu Arbeit fahren und abends zu ihren Familien zurückkehren, im Viertel in Kontakt treten könnten. Umso schärfer treten damit auch die Unterschiede in der Lebensweise von Arbeitslosen und Erwerbstätigen hervor“ (Kronauer 2004: 52).

Es gibt, wie dargestellt, kaum Brückenbeziehungen: weder innerhalb der Siedlung, in der sich die kulturell homogenen Milieus in ihre privaten Räume zurückziehen, wodurch es

auch kaum zufällige soziale Begegnungen zwischen unterschiedlichen sozialen Milieus gibt, noch gibt es in Steilshoop entwickelte soziale Brücken nach außerhalb – nach Steilshoop „verirrt“ sich so schnell niemand, sofern er oder sie nicht von Amts wegen in die Siedlung „hineinverlegt“ wurde. Dadurch betreten auch selten andere Akteure den Raum. Das heißt, auf der Ebene des gelebten Alltags im Stadtteil finden sich nur wenige Anstöße für neue Aktivitäten oder Entwicklungen. Vielmehr sind derartige Impulse auf die regulativen Integrationsbemühungen von außen beschränkt: Sozialarbeit, Sozialhilfe und Arbeitsamt. Sie bilden mehr oder weniger die einzigen Brückenbeziehungen nach „draußen“. Damit die sozialen Verhältnisse der Siedlung für die Bewohner erträglich bleiben, ist das Quartier auf einen beständigen sozialstaatlich finanzierten Ressourcentransfer von außen angewiesen. Dadurch wird allerdings auch die sich abzeichnende Erosion der tradierten sozialstaatlichen Arrangements für den Stadtteil zu einer besonders starken Bedrohung.

Das Gegenmodell zum dem fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Integrationsmodell bildet das urbane, postfordistische Integrationsmodell, für das das Schanzenviertel beispielhaft steht. Mit ihrer hochspezialisierten Arbeitsteilung und ihrer sozialen und kulturellen Heterogenität waren Städte schon immer privilegierte Orte für komplexe gesellschaftliche Integrationsprozesse. In städtischen Räumen verdichten sich ausdifferenzierte gesellschaftliche Strukturen und sehr unterschiedliche Alltagsroutinen an einem Ort. In diesem Sinne charakterisiert Nassehi Städte als räumlich dichte Form verschiedener Inklusionsangebote, -möglichkeiten und -zwänge, die eine „ökologische Bedingung dafür zu sein (scheint), dass die moderne Gesellschaft auf eine strikte Koordination von Inklusionsangeboten verzichten kann“ (Nassehi 2002: 224). Man könnte auch sagen, dass die besondere Integrationskraft der Städte das Resultat eines räumlich konzentrierten „Überschusses“ an Inklusionsangeboten ist, dem wiederum eine räumlich konzentrierte Nachfrage nach immer stärker ausdifferenzierten Formen gesellschaftlicher Teilhabe gegenübersteht.

Die mit der Krise des Fordismus verbundenen Wandlungsprozesse führen u. a. zu neuen Arbeitsformen und neuen Formen der Alltagsorganisation, die durch eine enge Verflechtung von beruflichem, sozialem und persönlichem Leben charakterisiert sind. Dies führt dazu, dass sich die räumliche und zeitliche Trennung der Sphären der Arbeit, des Wohnens und der Freizeit auflöst. Dadurch gewinnt die Stadt nicht nur als Arbeitsort, sondern auch als Wohnort und Lebensraum wesentlich an Attraktivität, wodurch auch Formen des urbanen Integrationsmodells mit seinen räumlich verdichteten Inklusionsangeboten wieder deutlich aufgewertet werden.

Die funktionsgemischten innerstädtischen Quartiere bieten nicht nur ein breites Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch vielfältigste Dienstleistungen vor Ort: Einkaufsmöglichkeiten, Betreuungsangebote für Kleinkinder, Schulen für unterschiedliche Begabungen, eine differenzierte Gesundheitsversorgung und vielfältige soziale und kulturelle Netzwerke (vgl. Läßle 2005). Die offensichtliche Attraktivität des Schanzenviertels für verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Betriebe – für die Professionals und Betriebe der neuen Kultur- und Wissensökonomie ebenso wie für Verlierer des Strukturwandels – ist Ausdruck der Neubewertung der Stadt mit ihren vielfältigen Inklusionsangeboten und Inklusionsmodi. Zwar sieht sich das Schanzenviertel auf der sozialstatistischen Ebene mit ähnlichen Problemen konfrontiert wie Steilshoop – Arbeitslosigkeit und Integration von ethnischen Minderheiten –, aber auf der alltagspraktischen Ebene ergeben sich im

Schanzenviertel andere Möglichkeiten, um diese neuen sozialen Herausforderungen zu bewältigen. Die unzähligen flüchtigen Begegnungen in den Straßen, Geschäften, Imbissbuden und Restaurants ermöglichen bereits auf der untersten Ebene einen soziokulturellen Austausch. Auch wenn sich die Welten letztendlich nicht wirklich mischen, so stehen sie sich wenigstens nicht feindlich gegenüber, denn immerhin ist durch die täglichen Begegnungen eine Basis für die wechselseitige Akzeptanz geschaffen.

Doch auch die Anbindung an Stadträume jenseits der Quartiersgrenzen ist im Hinblick auf die integrative Leistungsfähigkeit des Schanzenviertels von immenser Bedeutung. Täglich strömen Hunderte von Eppendorf, Othmarschen, Ottensen, aber auch aus Harburg, Wilhelmsburg und Bramfeld ins Schanzenviertel. Sie kommen, um hier zu arbeiten oder um sich hier zu amüsieren. Dadurch betreten auch immer wieder neue soziale Akteure das Feld, die hier einen Teil ihres Alltags bestreiten. Sie bringen Anregungen und Optionen, sie schaffen neue soziale und ökonomische Räume und dadurch letztendlich auch wieder neue Optionen der Brückenbildung. Aus der Vielfalt an sozialen Akteuren und Praktiken ergeben sich auch vielfältige Optionen und Handlungsstrategien.

Kronauer und Vogel haben in ihren Untersuchungen deutlich gemacht, dass Stadtquartiere einen ambivalenten Charakter haben: Sie können sowohl Ressourcen bereitstellen, um soziale Probleme und die damit verbundenen Ausgrenzungsbedrohungen zu bewältigen; sie können aber auch den ohnehin gegebenen Benachteiligungen noch weitere Benachteiligungen hinzufügen. Entsprechend resümiert Martin Kronauer (2004: 56), „dass es keinen einzelnen Quartierstyp gibt, der den Bedürfnissen armer Bevölkerungsgruppen besonders entgegenkommt. Innerstädtische Quartiere und Großsiedlungen wirken in der Regel unterstützend und ausgrenzend zugleich – bisweilen für ein und dieselbe Person, häufig für unterschiedliche Bewohner und Bewohnergruppen“.

Diesem Resümee können wir zustimmen. Mit unserer – in mancher Hinsicht bewusst zugespitzten – Konfrontation der von uns untersuchten Stadtquartiere sollte jedoch deutlich gemacht werden, dass es große Differenzen zwischen Stadtquartieren im Hinblick auf deren Fähigkeit zu einer endogenen Regeneration gibt, durch die Bewohnern und Gewerbetreibenden wieder neue Handlungshorizonte erschlossen werden können. In der Regel vollziehen sich jedoch der Wandel und die lokalökonomischen Anpassungsprozesse – zumindest teilweise – über einen Austausch von Unternehmen und Bewohnern. Inwieweit die ansässige Bevölkerung und die Unternehmen im Bestand den Wandel für ihre eigene Erwerbsbiografie bzw. Unternehmensentwicklung nutzen, können wir mit unserer Untersuchung nicht beantworten.

Die Frage der Regenerationsfähigkeit hängt wiederum stark mit dem jeweiligen dominanten gesellschaftlichen Integrationsmodus des Stadtquartiers zusammen. Die bereits vor über 30 Jahren von Hans Paul Bahrtd (1974a: 179–185) in Anknüpfung an Jane Jacobs aufgeworfene Frage nach der Selbstregeneration von Stadtquartieren ist unseres Erachtens eine entscheidende Frage zukünftiger Stadtentwicklung, die allerdings – ebenso wie die Frage der Integrationsleistungen von Städten und Stadtquartieren – noch einer genaueren theoretischen und empirischen Durchdringung bedarf.¹⁴

¹⁴ Vgl. dazu das Verbundprojekt EVALO – Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte – im Rahmen des Forschungsprogramms „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Siehe dazu u. a. Steffen, Baumann, Betz 2004.

Literatur

- Abelshauer, W. (2004): Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München.
- Bahrdt, H. P. (1974a): Die Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung. In: Herlyn, U. (Hrsg.): Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung. München: Nymphenburger Verlagsanstalt, S. 172–186.
- Bahrdt, H. P. (1974b): Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Hamburg.
- Breckner, I.; Walter, G.; Witthöft, G. (2000): Gutachten zur „sozialen Verträglichkeit der Messeerweiterung Hamburg“, Gutachten im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg, unveröffentlichte Druckschrift.
- Camagni, R. (2000): Das urbane Milieu – Voraussetzung für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg. In: Matejovski, D. (Hrsg.): Metropolen. Laboratorien der Moderne. Frankfurt am Main.
- Giddens, A. (1992): Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York.
- Giddens, A. (1995): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main.
- Grabher, G. (1994): Lob der Verschwendung. Redundanz in der Regionalentwicklung: Ein sozioökonomisches Plädoyer. Berlin.
- Granovetter, M. (1973): The strength of weak ties. In: American Journal of Sociology 78, H. 6.
- Harms, H.; Schubert, D. (1989): Wohnen in Hamburg – Ein Stadtführer. Hamburg.
- Häußermann, H. (1998): Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. In: Heitmeyer, W.; Dollase, R.; Backes, O. (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main, S. 145–175.
- Häußermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Politik und Zeitgeschichte, B 10–11/2000.
- Heitmeyer, W. (1998): Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? In: Heitmeyer, W.; Dollase, R.; Backes, O. (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main, S. 443–467.
- Herkommer, S. (Hrsg.) (1999): Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus. Hamburg.
- Jacobs, J. (1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Wiesbaden.
- Krämer-Badoni, T. (2002): Urbanität, Migration und gesellschaftliche Integration. In: Löw, M. (Hrsg.): Differenzierungen des Städtischen. Opladen, S. 69–86.
- Kronauer, M. (2002): Exklusion. Die Gefährdungen des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Kronauer, M. (2004): Sozialökonomische und sozialräumliche Ausgrenzung in der Stadt. In: Hanesch, W.; Krüger-Conrad, K. (Hrsg.): Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderung für die ‚Soziale Stadt‘. Wiesbaden: VS Verlag, S. 37–57.
- Kronauer, M.; Vogel B. (2002): Erfahrungen und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte? In: SOFI-Mitteilungen Nr. 29/2001, 45–58.
- Kulturspiegel (2005): Generation Milchkafee, 6/2005, S. 10–13.
- Lang, B. (2000): Was macht eine Stadt sozial? Perspektiven für die soziale Stadt im 21. Jahrhundert. In: Die Alte Stadt H. 1/2000.
- Läpple, D. (1991): Essay über den Raum. In: Häußermann, H. u. a. (Hrsg.): Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Pfaffenweiler, S. 157–207.
- Läpple, D. (2003): Hamburger Arbeitsmarkt im globalen Kontext. In: Hönekopp, E.; Jungnickel, R.; Straubhaar, T. (Hrsg.): Internationalisierung der Arbeitsmärkte, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 282, Nürnberg, S. 147–181.
- Läpple, D. (2005a): Phönix aus der Asche: Die Neuerfindung der Stadt. In: Berking, H.; Löw, M. (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Städte. „Soziale Welt“ – Sonderband 16, Baden-Baden: Nomos Verlag 2005, S. 397–413.
- Läpple, D. (2005b): Lokale Ökonomie. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover 2005, S. 616–619.

- Läpple, D.; Walter, G. (2000): Arbeiten im Stadtteil – Beschäftigungswirkungen wohnungsnahe Betriebe, Gutachten im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg.
- Nassehi, A. (2002): Dichte Räume. Städte als Synchronisations- und Inklusionsmaschinen. In: Löw, M. (Hrsg.): Differenzierungen des Städtischen. Opladen: Leske + Budrich, S. 211–232.
- Sennett, R. (2000): Arbeit und soziale Inklusion. In: Kocka, J.; Offe, C. (Hrsg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Stadtteilprofile (2004a):
http://fhh1.hamburg.de/fhh/behoerden/behoerde_fuer_inneres/statistisches_ladesamt/profile/stpauli.htm.
- Stadtteilprofile (2004b):
http://fhh1.hamburg.de/fhh/behoerden/behoerde_fuer_inneres/statistisches_ladesamt/profile/steilshoop.htm.
- Steffen, G.; Baumann, D.; Betz, F. (2004): Integration und Nutzungsvielfalt im Stadtquartier. Stuttgart/Berlin.
- Stichweh, R. (2005): Inklusion/Exklusion, funktionale Differenzierung und die Theorie der Weltgesellschaft. In: Ders. (Hrsg.): Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie. Bielefeld: transcript Verlag, S. 45–63.
- Wegener, B. (1987): Vom Nutzen entfernter Bekannter. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 39, Köln.